



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



**Freie
Demokraten**
FDP

An den Rat der Gemeinde Eschede

Gruppe
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – FDP
Uwe Diederichs
Peter Schaper

Eschede, den 15.04.2018

Eil-Antrag an den Rat der Gemeinde Eschede auf Erstellung eines Masterplanes für Eschede

Antrag:

Der Rat möge die Erstellung eines Masterplanes für die Gemeinde Eschede mit dem Zentralort Eschede und den umliegenden Orten beschließen. Dazu ist zu ermitteln was die Gemeinde in Zukunft darstellen möchte und welche Infrastruktur am jeweiligen Ort dazu erforderlich oder wünschenswert ist. Insbesondere für den Zentralort Eschede ist zu untersuchen, wie das Zentrum anhand dadurch gewonnener Erkenntnisse entwickelt werden kann.

Anhand eines Masterplans wird zu erkennen sein, welche Projekte die Gemeinde voran bringen bzw. wieder zukunftsfähig machen können und welche Investitionen dazu erforderlich sind. Geplante Investitionen die nicht im Sinne des Masterplans sind können zurück gestellt oder gänzlich gestrichen werden.

Begründung:

Wer das Ziel nicht kennt, beschreitet die falschen Wege. Ohne Plan wird man von anderen geplant, von Planungsbüros deren Fokus natürlich ganz berechtigt auf der Erzielung von Gewinnen liegt oder durch die Politik der Fördertöpfe, die armen Kommunen den letzten Cent aus der Tasche locken und durch eine Kreispolitik, in der Eschede schon längst keine ausreichende Lobby mehr hat.

Für die Gemeinde ist dringend ein Entwicklungsplan erforderlich, damit Steuergelder nicht an den falschen Stellen ausgegeben werden. Da muss nicht vorrangig bedient werden, wer gerade am lautesten nach irgendetwas verlangt, son-

dern der wirkliche Bedarf in den Orten der Gemeinde muss ermittelt werden. Da sollte nicht zuerst nach Fördertöpfen gesucht werden, die mit Geldern der Gemeinde aufgestockt werden, um für ein oft weniger sinnvolles Projekt ausgegeben zu werden.

Hingegen macht es Sinn, zuerst die wichtigsten Projekte für das Wohl der Gemeinde zu ermitteln, und dann die dazu passenden Fördertöpfe zu suchen. Und wenn es keine Förderung gibt, muss das Wichtigste trotzdem vorrangig angegangen werden.

Vergleicht man die Gemeinden mit Persönlichkeiten, so ist Eschede ein Hartz IV-Empfänger. Manch Hartz IV-Empfänger versucht aus seiner Situation wieder heraus zu kommen. Andere geben sich vollständig auf. Der Erste geht sparsam mit seinen Mitteln um und schafft es noch die kaputte Waschmaschine zu ersetzen. Der Zweite hat trotz seiner miserablen Situation drei neue Farbfernseher angeschafft, da es sagenhafte Rabatte (Fördergelder) von 70, 75 und 80 Prozent gab. Nun ist die Waschmaschine kaputt, das Geld ausgegeben und er verzichtet künftig auf das Waschen. Welche Persönlichkeit unter den Hartz IV-Empfängern will Eschede sein? Und kann sich Eschede aus der Situation eines Hartz IV-Empfängers befreien?

Am Anfang der Gedanken zu einem Masterplan muss die Überlegung stehen, was die Gemeinde Eschede sein möchte. Die einstige Funktion Arbeitskräfte (Tagelöhner) und notwendiges Handwerk (z.B. Schmiede) für die Land- und Holzwirtschaft zu stellen, haben die Orte in der Gemeinde längst verloren.

Die zentrale Frage ist: Wer oder was können wir heute sein? Daraus ergeben sich weitere Fragen: Was fehlt im Vergleich zu den anderen Gemeinden um ein attraktiver Wohnort zu sein? Können wir künftig ein Ziel für naturverbundenen Tourismus sein? Was könnten Alleinstellungsmerkmale für Eschede sein?

Es heißt immer Not macht erfinderisch. Dann könnte es doch gelingen aus den Escheder Nöten Tugenden zu machen.

Ein Ziel sollte sein, Eschede als attraktiven Wohn- und Zentralort zu positionieren. Das Angebot an Kindergärten, Schulen, Sporteinrichtungen, Freibädern, sonstigen Freizeitmöglichkeiten und die Verkehrsanbindung macht an dieser Stelle die Attraktivität aus. Es ist zu ermitteln, wo zusätzlicher Bedarf besteht, welchen Umfang der Bedarf hat und ob in Eschede mit Bildung nach der Grundschule auf Dauer Schluss sein soll. Im Wettbewerb der Kommunen um Einwohner ist die fehlende schulische Sekundarstufe ein ganz entscheidender Nachteil.

Wenn an dieser Baustelle eine öffentliche Schule nicht machbar ist, könnte das nötige Umfeld zur Schaffung einer privaten Schule mit alternativem Bildungsangebot (wie z.B. Waldorfschule) geschaffen werden. Die Nachfrage wäre gegeben und es wäre ein Alleinstellungsmerkmal für Eschede.

Auch das Thema öffentliche Schule ist sicher noch einen Versuch wert. Vom Konzept würde nur eine IGS zu Eschede passen. Also Gespräche mit dem Landkreis und der Leiterin der IGS in Celle führen, ob die Voraussetzungen für eine Außenstelle in Eschede geschaffen werden können. Der Landkreis könnte sich dadurch teure bauliche Erweiterungen der Schulen in Lachendorf ersparen. Und für Eschede ist die Sekundarstufe hilfreicher als alle Fördergelder zusammen.

Unter dem Aspekt „attraktiver Wohnort“ ist natürlich auch alles zu fördern, was den Bahnhof stärkt und bewirbt.

Die Bausteinwelten/Lego-Initiative in der Versenkung verschwinden zu lassen, war einfach, besser wäre jedoch, weiter nach einem passenden Konzept zu su-

chen. Vielleicht kann durch Unterstützung einer jährlich wiederkehrende Ausstellung der Exponate (z.B. in Eschen- und Glockenkolkhalle) das nötige Umfeld (Förderverein, Sponsoren) für ein dauerhaftes Angebot geschaffen werden. Im Umfeld eines solchen Events kann auch Weiteres rund um Spiel und Freizeit geboten werden (Spielzeugbörse für Sammler, Vereine zu Modellbau und Modelleisenbahn können eingeladen werden, Einbezug von Markmanns Spielzeugstuben). Das hätte mehr Strahlkraft als die allorts üblichen Gewerbeschauen und das Gewerbe könnte obendrein mit eingebunden werden und profitieren.

Wie kann der rückläufigen Bevölkerungsentwicklung in der Gemeinde und dem damit drohenden Verlust des Verwaltungsstandortes entgegengewirkt werden? Wie kann in der Gemeinde wieder Politik gemacht werden, die den Bürger auch interessiert? Momentan findet neben Verwaltung bestenfalls noch Dorferneuerung (Gebäudesanierung) statt. Das ist an manchen Stellen sinnvoll, die langfristige Nachhaltigkeit einzelner Projekte ist aber nur anhand eines Masterplanes einschätzbar. An dieser Stelle von Dorfentwicklung oder gar einem Dorfentwicklungsplan zu reden, ist maßlos übertrieben.

Es muss natürlich auch die Frage gestattet sein, wollen sich ca. 5900 Einwohner auf Dauer von ihren Steuern eine eigene Verwaltung leisten, die nur noch fördermittelbasierte Gebäudesanierung hinbekommt und die jährlich mehr als Zweimillionen Euro kostet, wenn man nicht nur die reinen Personalkosten betrachtet. Das kann eine andere Verwaltung für uns mit erledigen und es kann darüber nachgedacht werden, wo man den Anschluss sucht.

D.h. unsere Verwaltung sollte für das eigene Überleben einen höheren Anspruch an sich selbst stellen. Dabei kann ein Masterplan hilfreich sein.

Ist für Eschede ein ähnliches Konstrukt wie die „Wirtschaftsbetriebe Allertal“ in Winsen möglich und sinnvoll. In Winsen ist Wirtschaftsbetriebe Allertal zuständig für Tourismus-Marketing, Frei- und Hallenbad, Stromnetzbetrieb, Baulanderschließung und einen Campingplatz, der verpachtet wird. Im vergangenen Jahr hat der Campingplatz (trotz verregneter Saison) mehr als 25.000 Übernachtungen verzeichnet. Der Platz gehört zu den besten in Deutschland.

Kann in einen solchen Betrieb der gemeindliche Bauhof ausgelagert werden und kann dieser Betrieb für die Gemeinde die Ausschreibung und Vergabe von Aufträgen zur Straßensanierung übernehmen? - Dann wäre für Eschede bei der Grundsanierung von Straßen neben der Finanzierung über Anlieger, Umlage oder Grundsteuer noch ein weiteres privatrechtliches Modell denkbar: Der Grundeigentümer zahlt einen an die Grundsteuer gekoppelten monatlichen Betrag an den Betrieb und der Betrieb übernimmt bei einer Straßengrundsanierung den Anteil des Grundeigentümers. Grundeigentümer, die keinen monatlichen Beitrag zahlen, zahlen weiterhin voll umfänglich ihren Anteil an die Gemeinde. Details müssten ausgearbeitet werden.

Kann ein solcher Betrieb nicht mehr benötigte kommunale Immobilien übernehmen und einer im öffentlichen Interesse sinnvollen Nachnutzung zuführen?

Könnte eine Gesellschaft oder Genossenschaft als Energiemakler für Strom und Gas gegründet werden, die ihre Überschüsse zum Wohl der Gemeinde einsetzt.

Was wird aus den Freibädern? Wann sind dort Reparaturen mit ganz erheblichen Kosten zu erwarten? Kann eine Gemeinde mit ca. 5900 Einwohnern auf Dauer zwei Freibäder betreiben? Ist ein Neubau mit einem naturnahen Konzept möglich – vielleicht im Verbund mit einem Campingplatz? Ist ein anderer Standort sinnvoll?

Ein touristisches Konzept für die Orte der Gemeinde gibt es nicht. Da können die tollsten Events (wie z.B. das auf Anhieb hervorragend gelungene Rad-Event „Eschede erfahren“) veranstaltet werden, Wanderwege ausgeschildert oder teure neue Radwege gebaut werden – im Ort bleibt dadurch wenig hängen. Wenn die Gemeinde von Bemühungen profitieren soll, müssen dem Besucher eines Events, dem Wanderer oder Radfahrer ausreichende und passende Übernachtungsmöglichkeiten geboten werden.

Ein Campingplatz in der Gemeinde wäre eine Option für Übernachtungen, die recht schnell realisiert werden könnte. Andernorts springen da vielfach die Gemeinden ein, wenn sich kein privater Investor findet. Da Eschede am Fördertropf hängt muss da vermutlich eine andere Lösung gefunden werden.

Campingplätze lassen sich gut im Verbund mit Freibädern betreiben. Die Sanitäreinrichtungen des Freibades können dann von Camping- und Badegästen genutzt werden und der Campingplatz zahlt für die Nutzung und leistet damit einen Beitrag zur Senkung der Verluste des Freibades. Für Gastronomie in dem Bereich wäre das ebenfalls ein Zuwachs.

Wie lange lässt sich eine Sanierung der maroden grauen Siedlungsstraßen in Eschede noch aufschieben. Ein Großteil der Straßen hat ein Alter von 50 Jahren schon überschritten. Die Abstände für Grundsanierungen von Straßen liegen zwischen 25 und 60 Jahren. Wenn die Kanalisation marode ist, muss sofort gehandelt werden. Da wird das Interesse vieler Bürger an der Kommunalpolitik schlagartig recht groß werden und nicht unbedingt freundlicher Natur sein.

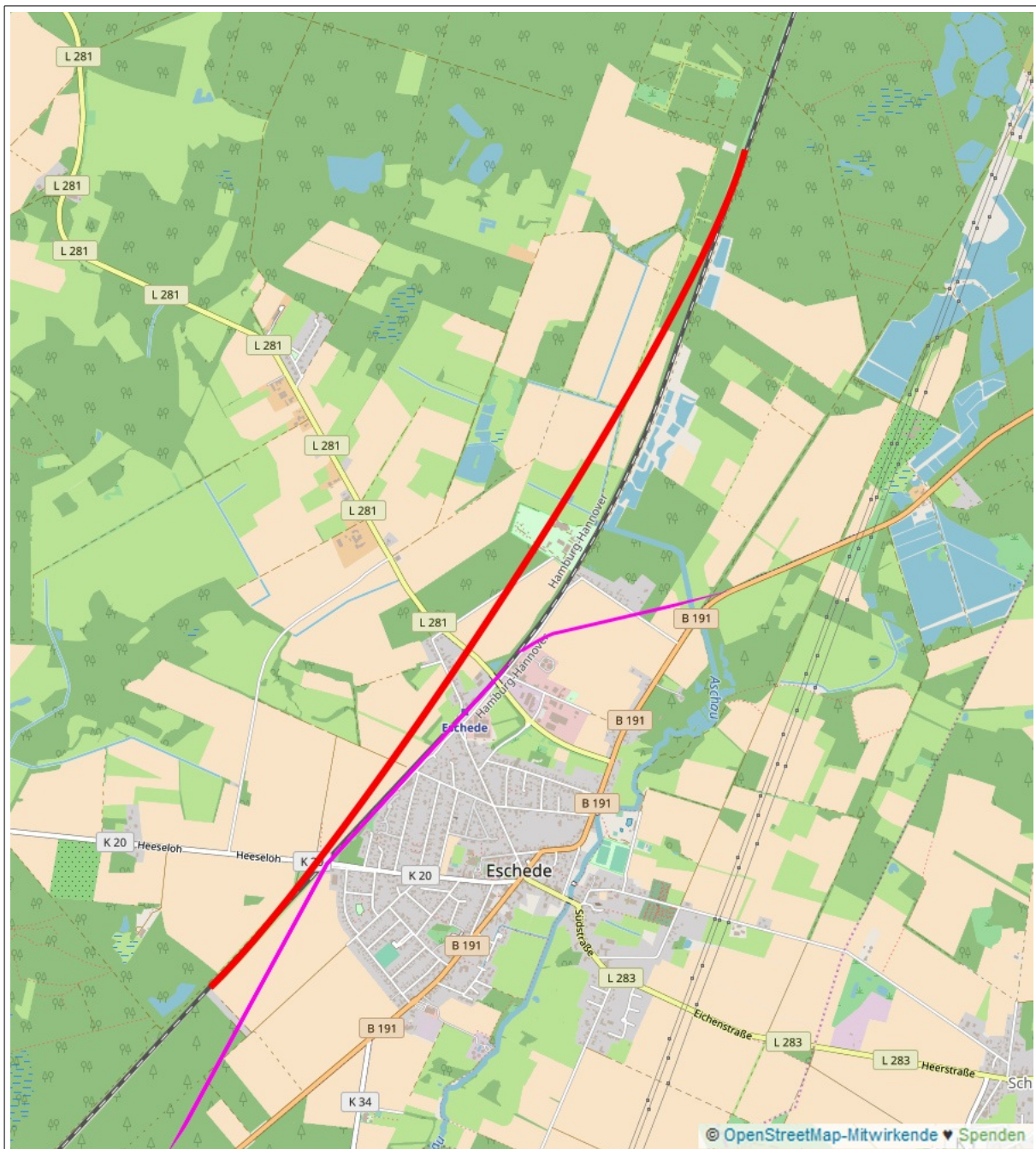
Dazu sind Fragen zu beantworten: Wie sollen die Straßen nach der Sanierung aussehen? Kann ein Regenwasserkanal entfallen (Versickerung)? Ist eine Flächenversiegelung im derzeitigen Umfang erforderlich? Können Bürgersteige entfallen? Was kostet eine Grundsanierung? Wie lange lassen sich einzelne Straßen mit Reparaturen erhalten? Wie soll die Finanzierung aussehen (Anlieger, Umlage oder Grundsteuer)? Wie bringt die Gemeinde ihren Anteil auf, wenn zahlreiche Straßen in kurzer Zeit zwingend saniert werden müssen?

Und das absolute Minimum ist den Bürgern mitzuteilen, wann eine Grundsanierung ihrer Straßen zu erwarten ist.

Was kann getan werden, um bei schnellen Internetzugängen nicht ins Hintertreffen zu geraten? Das muss auch im Zuge von Straßengrundsanierungen mit bedacht werden. Da können dann gleich Leerrohre für Zukunftstechnologien wie die Glasfaser verlegt werden. Kann die Gemeinde bei der Glasfasertechnologie selbst tätig werden und Fördergelder dafür bekommen. Mögliche wäre auch die Gründung einer Gesellschaft oder Genossenschaft, die an Stelle der Gemeinde tätig werden kann.

Es lohnt auch ein paar Gedanken an den möglichen Verlauf einer Ortsumgehung zu verschwenden. Der Verlauf ist nicht ganz unwichtig, wenn künftiges Bauland oder Gewerbegebiet geplant werden soll. Da die Umfahrung nach heutigen Erkenntnissen westlich vom Ort verlaufen soll, sollte z.B. auf eine Erschließung von Bauland westlich der Bahnlinie gänzlich verzichtet werden. Hingegen könnte künftig Bauland im Bereich der heutigen B191 vorgesehen werden.

Vielleicht erschließen sich auch noch ganz andere Möglichkeiten. Die Bahn hat die Y-Trasse verworfen und setzt jetzt auf den Ausbau der Bestandsstrecken. Auf der neuen Website des Projekes (<https://www.hamburg-bremen-hannover.de/uelzencelle.html>) informiert die Bahn über den geplanten Ausbau. Für die Strecke Uelzen-Celle ist eine Steigerung der Maximalgeschwindigkeit vorgesehen und gegebenenfalls auch Ortsumfahrungen. Die geplante Maximalgeschwindigkeit kann vermutlich nur durch Entschärfung der Kurven im Bereich (also Ortsumfahrungen) von Eschede und Unterlüß erreicht werden. Nach Auskunft der Bahn werden in diesem Jahr erste Planungsaufträge für die Strecke Uelzen – Celle vergeben. Wenn die Planungen vorliegen wird es Runde Tische dazu geben. Für Anregungen im Vorfeld ist die Bahn aber jederzeit offen.



Rot - neuer Verlauf Bahntrasse

Pink – neuer Verlauf B191

Professionelle Planer haben sicher noch bessere Ideen, als diese Anregung.

Da wären ein paar Gedanken aus Eschede im Vorfeld nicht verkehrt. Könnten sich Synergieeffekte ergeben, wenn das Bahnprojekt im Verbund mit einer künftigen Ortsumgehung der B191 geplant wird? Könnte im Verbund mit beiden Projekten ein barrierefreier Bahnhof für Eschede geplant werden?

Wenn eine Ortsumfahrung der Bahn kommt, kann man dann die B191 auf die bestehende Bahntrasse verlegen? Dann muss die Bundesstraße nicht zweimal über die Bahnlinie geführt werden.

Welche weiteren Auswirkungen hätte ein solches Projekt auf Eschede?

Kann mit kleineren Maßnahmen an der gegenwärtigen Verkehrssituation in Eschede etwas verbessert werden?

An der B191 ist die Situation südlich des Ortszentrums für Radfahrer und Fußgänger unbefriedigend. Der Radweg aus Richtung Celle kommend wird entgegen der Ausschilderung ständig als Fußweg genutzt (insbesondere von Bewohnern des Altenpflegeheims Aschauwiesen) und von Radfahrern gegen die Verkehrsrichtung befahren. Auf der anderen Straßenseite wird der Radweg ebenfalls ständig gegen die Verkehrsrichtung befahren. Das Verhalten der Bürger ist zwar ein Verstoß gegen die Straßenverkehrsordnung, aber ein verständliches und natürliches Handeln. Die Wegesituation sollte dem natürlichen Verhalten der Menschen gerecht sein. Abseits der Dorfmitte (in Richtung Celle) gibt es weder eine Fußgängerampel noch einen Zebrastreifen. Das nötigt die Fußgänger zu verkehrswidriger Nutzung des Radweges.

Im Bereich der Supermärkte und von der Ampelkreuzung bis hinter die erste Kurve in der Uelzener Straße sollte die Schaffung einer Tempo-30-Zone angestrebt werden. Die Ampelkreuzung ist Schulweg und wird auch gelegentlich von LKWs trotz Rot überfahren.

Die neue Landesregierung stellt weiterhin Mittel für Tempo-30-Zonen-Modellprojekte auf Bundesstraßen in Ortsdurchfahrten zur Verfügung. Andere Orte haben sich bereits beworben.

Die scharfe Kurve in der L283 Südstraße Ecke Osterstraße, wäre auch ein Kandidat für Zone 30. Verantwortungsbewusste Fahrer reduzieren dort ohnehin das Tempo.

Die Räumlichkeiten des Jugendtreff in Eschede sind für eine optimale Jugendarbeit ungeeignet und wir stehen vermutlich kurz vor einem wenig geeigneten politischen Schnellschuß: Abreißen und etwas Vorbildliches neu bauen.

Jugendarbeit hängt aber hauptsächlich an geeigneten und qualifizierten Personen, die diese Arbeit machen und täglich für Jugendliche da sind. Wenn in Eschede und Höfer Jugendarbeit stattfinden soll, sind dazu zwei Kräfte erforderlich. Ob Leerstände in der ehemaligen Oberschule dazu geeignet sind, müsste geklärt werden - vom Zuschnitt her bleiben das immer Klassenräume.

Als Ansatz müssen zuerst Fragen beantwortet werden: Wieviele potentielle Jugendtreffnutzer gibt es in Eschede und in Höfer? Welches Personal wird dafür benötigt? Was für Räumlichkeiten werden benötigt? Gibt es passende Räumlichkeiten (in Höfer kann die Frage mit „ja“ beantwortet werden)? Steht der Aufwand in einem realistischen Verhältnis zum Nutzen? Kann in Eschede das Sportheim als Jugendtreff mitgenutzt werden? Wäre Werbung für den Verein und die Vereine leisten ohnehin den größten Teil der Jugendarbeit.

Für die Dorfmitte kann die bisherige Politik insofern lobend erwähnt werden, dass es gelungen ist ein großes Areal in kommunalen Besitz zu bringen, welches ein enormes Gestaltungspotential für den Ort hat, sofern zukunftsweisende Konzepte

vorliegen und die nötigen Gelder aufgebracht werden können. Angrenzend soll neben Kindergarten bzw. Kreisfahrbücherei auf privatem Ackerland Bauland entstehen. Da wäre eine ganzheitliche Planung unter Einbeziehung von Kindergarten, Kreisfahrbücherei, Eschenhalle und Glockenkolk bis hin zu Drei-Linden an der Bahnhofstraße wünschenswert.

Was aus dem Glockenkolkzentrum werden soll gehört natürlich auch in den Masterplan. Unabhängig von dem gefassten Beschluss, jetzt ersteinmal planerische und bauliche Aktivitäten aufzunehmen - gänzlich ohne Zielvorstellung, ohne Kostenabschätzung und ohne nachhaltiges Nutzungskonzept - sollte auch an dieser Stelle noch einmal gründlich Nachgedacht werden.

Beim Nachdenken könnten die Bürger mit einbezogen werden. Das ist bisher nicht geschehen, obwohl immer Gegenteiliges behauptet wird und es drängt sich der Eindruck auf, manch PolitikerIn in der Gemeinde sieht den Bürger als Störfaktor.

Richtig hingegen ist, dass Politik und Verwaltung im Dienste der Bürger steht und man die Meinung seines Dienstherrn, des Bürgers, kennen und respektieren sollte und ihn keinesfalls einfach vor vollendete Tatsachen stellt.

Da bisher im Rat nur **keine Idee zu haben und trotzdem etwas zu machen**, eine Mehrheit gefunden hat, sollte man sich nicht anmaßen den Bürgern zu unterstellen, dass sie keine Ideen haben.

Es hilft auch nicht, immer wieder zu behaupten, in einer Informationsveranstaltung (im Juni 2016) mit ca. 100 Beteiligten hätten die Bürger Zustimmung signalisiert und interessante Nutzungsmöglichkeiten vorgeschlagen. Erstaunlich, dass 100 Bürger die Gesamtheit der Bürger repräsentieren. Und es waren vermutlich hauptsächlich die gekommen, die sich Hoffnung machten, aus der angebotenen kostenlosen Torte (sinnbildlich für den Gebäudekomplex im Glockenkolk) ein möglichst ansehnliches Stück heraus zu schneiden. Trotzdem hat es ebenso wie beim letzten Eschenschnack viele Fragen und kaum Antworten gegeben. Wie hätten die Bürger auch gänzlich unbekanntem Planungen zustimmen können? Da klaffen Realität und Wirklichkeit weit auseinander.

Würde ein Konzept vorliegen, oder auch Alternativen, dann wäre zu einem derart wichtigen Thema ein Bürgerentscheid sinnvoll und möglich.

Bei dem Radweg Marinesiedlung - Starkshorn und zum Sportheim Brunshagen gab es erheblich Baukostensteigerungen. Angesichts der Größenordnung des Gebäudekomplexes im Glockenkolk befällt einen da eine schlimme Ahnung. Ca. 1,6 Millionen EUR Fördermittel sind da schnell verpufft. Wer kommt für die weiteren Kosten auf? Für eine Gemeinde mit ca. 5900 Einwohnern wäre das ein schwer verdaulicher Brocken. Auf der Kostenseite wäre das die Elbphilharmonie von Eschede ohne ein adäquates Gegengewicht auf der Nutzenseite. Es ist zu befürchten, dass das Projekt den Bürgern in Form von Grundsteuererhöhungen auf die Füße fällt.

In Bergen hat der Rat bereits vorgelebt, dass man bereits bewilligte Fördergelder (3,5 Millionen vom Bund für die Internationale Begegnungsstätte) zurück geben kann, wenn man diese Gelder keiner sinnvollen Nutzung zuführen kann.

Ferner muss bedacht werden, dass auch nach der Umnutzung des Gebäudes keine Entlastung der Gemeinde eintritt. Das Gebäude muss weiterhin unterhalten werden und es ist nichts erreicht, was der Gemeinde einen Vorteil gegenüber der bestehenden Situation bringt. Eine Umnutzung bedingt auch, dass für den Gebäudekomplex die Vorschriften für einen Neubau eingehalten werden müssen, was dann wohl auch erhebliche Kosten bedeutet.

Unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit ist dringend zu empfehlen das Glocken-

kolkzentrum neu zu denken und zu planen und den Bürger überhaupt erst einmal über die aktuelle Sachlage zu informieren.

Wenn Eschede einen Plan hat, kann ganz am Ende auch noch ein Bürgerpark angedacht werden. Das könnte dann eine naturnahe Version in der Aschauniederung sein, wie in Hermannsburg der Bereich um die Örtze.

And last not least hat ein Masterplan den Vorteil, dass man dann nicht - wie nach dem letzten Eschenschnack in der Presse lesen muss: „Doch nach dreieinhalb Stunden blieb vor allem der Eindruck bei den anwesenden Bürgern zurück: Klare Konzepte fehlen.“

(Zitat aus Cellesche Zeitung vom 17.11.2017)

Am 05.01.2018 fand sich dann der Artikel „Eschede baut auf Fördermittel“ in der Celleschen Zeitung. Das bedeutet dann wohl „Sonst keine Ideen“ oder eine passende Überschrift wäre auch „Eschede baut auf Sand“ (angesichts der Fördermittel und Gelder der Bürger, die im Sand versickern werden). Und wenn dann wieder verkündet wird, uns ist es gelungen für ein Projekt 70 oder mehr Prozent Förderung zu erlangen, wird nicht berücksichtigt wieviel Arbeitszeit der Verwaltung in das Projekt geflossen ist.

Ohne Masterplan entsteht beim Bürger immer wieder der Eindruck, dass in Eschede immer gewartet wird, bis die Probleme da sind. Und dann wird als Gegenmaßnahme erst einmal abgewartet und schließlich völlig konzeptionslos gehandelt.

Solange man keine Idee hat, ist Nichtstun tatsächlich besser als sich die Zukunft zu verbauen. Es muss Pflicht sein der Zukunft eine Tür offen zu lassen. Es muss ein Plan her, bevor Zeit und Geld in irgendwelche Dummheiten investiert wird, um dann viel zu spät nach besseren Lösungen zu suchen.

Wenn jedoch Ideen entwickelt sind, ist es besser Geld in die Hand zu nehmen, als dem langsamen Niedergang weiter zuzusehen.

Momentan sprudeln die Steuereinnahmen, die Zinsen sind extrem niedrig und selbst Eschede geht es auf allerniedrigstem Niveau gut. Aufgrund der bundesweit hohen Nachfrage nach Immobilien und Baugrundstücken entsteht der Eindruck, auch Eschede sei noch gefragt, doch die Bevölkerung ist trotzdem rückläufig, während die Nachbargemeinden kräftig wachsen. Wenn wir in der momentan guten Situation nicht nach besseren Wegen für die Gemeinde suchen und diese dann auch umsetzen, wird es in der Zukunft sehr schwierig werden.

Uwe Diederichs, Peter Schaper
Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – FDP